

# A 8-Anwohner tief enttäuscht vom Berliner Lärmgipfel

Der Bund lehnt die Hauptforderungen der Remchinger Bürgerinitiative und Gemeinde ab – Leiserer Belag erst in 15 Jahren vorgesehen

**RALF STEINERT**  
REMCHINGEN/BERLIN

Die Remchinger Bürgerinitiative „Ruhe jetzt“ ist stinksauer. Fast drei Jahre kämpften sie für mehr Lärmschutz beim aktuellen Ausbau der A8, die Mitglieder wiesen nach, dass an der neuen Autobahn bei Darmsbach und Nöttingen rund 290 Wohnhäuser nachts nicht ausreichend vor dem Krach geschützt sind – und doch machte das Bundesverkehrsministerium gestern beim Gipfeltreffen keine maßgeblichen Zugeständnisse.

Berlin war für die Bürgerinitiative keine Reise wert. „Das einzige, das uns der Bund zugebilligt hat, ist der Einbau eines lärmmindernden Asphalts, aber erst in fünfzehn Jahren“, wettete Irm-

gard Zachmann, eine Sprecherin der Initiative, nach den Verhandlungen mit dem Verkehrsstaatssekretär Norbert Barthle (CDU).

„Das ist ja lachhaft“, zeigte sich Zachmann tief enttäuscht über die Zusage für einen besseren Asphalt in ferner Zukunft. In 15 Jahren müsse der Belag sowieso erneuert werden, und dann seien leisere Fahrbahnen „eh gesetzlich vorgeschrieben“.

Der Bund habe alle wichtigen Forderungen der Bürger und der Gemeinde Remchingen vom Tisch gefegt. „Wir haben vorgeschlagen, kurzfristig bei der demnächst anlaufenden Asphaltierung der neuen A8-Trasse auf Nöttinger Seite den leiseren Belag zu verwenden“, so Zachmann, die in Berlin mit Till Siegenthaler die Initiative vertrat. Aber auch das



Besprechung mit der Gemeinde vor dem Gipfel in Berlin: Die Bürgerinitiative (von links) mit Alfred Kuhn, Hartmut Zachmann, Irmgard Zachmann, Frank Jouvenal, Till Siegenthaler, Martin Hofmann-Sobik und Klaus Wachter. FOTOS: ZACHMANN

habe Barthle abgelehnt. Außer dem hätten der Bund und das für den Ausbau zuständige Regierungspräsidium (RP) Karlsruhe zwei Vorschläge zurückgewiesen,

für die sich bei dem Spitzengespräch auch die Gemeinde Remchingen mit Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und Bauamtsleiter Udo Schneider starkmachte.

Aus technischen Gründen sei es zum einen nicht möglich, auf der Pfinztalbrücke eine Mittelwand zu errichten. Außerdem sei es nicht mehr drin, den Erdwall noch zu erhöhen. „Das war eine Nullnummer in Berlin“, schimpfte Irmgard Zachmann, „man wollte uns mit Bonbons vertrösten.“

Dass der Bund ein Tempolimit von 120 Kilometern vorschreiben will, wertete die SPD-Bundestagsabgeordnete Katja Mast als „Entgegenkommen“. Doch es bleibe ein bitterer Nachgeschmack: Wären früher die Fehler im Lärmgutachten des RP bemerkt worden, hätte „vielleicht beim aktiven Lärmschutz mehr bewegt werden können“. Das Berliner Ergebnis sei das, „was maximal nachgesteuert werden kann“, so Katja Mast.